



JUSTUS-LIEBIG-UNIVERSITÄT GIESSEN

Professur für VWL II

Wolfgang Scherf

**Orientierungsgrößen und gesamtwirtschaftliche
Wirkungen der Nominallohnpolitik**

Erschienen in:
WISU 10/2000, S.1374 – 1390.

Fachbereich Wirtschaftswissenschaften

Prof. Dr. Wolfgang Scherf
Professur für Volkswirtschaftslehre II
Licher Straße 74
35394 Gießen
% 0641 99 22080

Volks- wirtschaftslehre

Grundstudium

Orientierungsgrößen und gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Nominallohnpolitik

Professor Dr. Wolfgang Scherf, Gießen

Die Lohnpolitik war in der Vergangenheit häufig Ursache gesamtwirtschaftlicher Fehlentwicklungen. Um Stagflationstendenzen und Stabilisierungskrisen zu vermeiden, wurde daher immer wieder eine lohnpolitische Ergänzung bzw. Absicherung der Konjunkturpolitik gefordert. Hier werden die Möglichkeiten und Grenzen einer solchen stabilitätsgerechten Lohnpolitik unter Berücksichtigung ihrer makroökonomischen Angebots- und Nachfrageeffekte analysiert.

I. Problemstellung: Lohnpolitik zwischen Stabilität und Verteilung

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist seit den siebziger Jahren gekennzeichnet durch das periodisch gleichzeitige Auftreten von Inflation und Arbeitslosigkeit. Zur Entstehung und Verfestigung solcher Stagflationstendenzen hat eine gewerkschaftliche **Nominallohnpolitik** erheblich beigetragen, die neben der Beteiligung am Produktivitätsfortschritt in der Regel einen „Inflationsausgleich“ und teilweise auch eine Verteilungsänderung zugunsten der Arbeitnehmer im Sinne einer Erhöhung der Lohnquote erreichen will. Die empirischen Erfahrungen zeigen, dass überzogene Lohnabschlüsse zu kosteninduzierten Preissteigerungen und — in Verbindung mit einer restriktiven Geldpolitik — zu gravierenden Produktions- und Beschäftigungsverlusten führen können.

Stabilitätskonforme Lohnpolitik

Infolgedessen plädieren viele Ökonomen für eine stabilitätskonforme Lohnpolitik, nicht zuletzt zur Ergänzung bzw. Absicherung der **Globalsteuerung** durch die Geld- und Finanzpolitik. Die Erfolgsaussichten derartiger Vorschläge dürfen angesichts des tatsächlichen Verhaltens der Tarifparteien in der Bundesrepublik Deutschland nicht überschätzt werden. Die Suche nach adäquaten Orientierungsgrößen für eine Lohnpolitik, die weder inflationsfördernd noch beschäftigungsfeindlich wirken soll, erscheint dennoch sinnvoll. Die traditionellen **Lohnleitlinien** werden nämlich nicht nur in der Praxis ständig ignoriert; sie können auch aus theoretischer Sicht nur mit erheblichen Einschränkungen überzeugen. Unter bestimmten Voraussetzungen führen sie sogar zu falschen Empfehlungen für die Tarifverhandlungen.

Die Missachtung der Lohnleitlinien beruht aber nicht primär auf ihrer unzulänglichen ökonomischen Fundierung, sondern auf dem verbreiteten Glauben an die Verteilungswirksamkeit der Nominallohnpolitik. Die Forderung nach „Lohnzurückhaltung“ wird oftmals verstanden als verklausulierter Vorschlag einer „Umverteilung von unten nach oben“, als verteilungspolitisch unzumutbarer Verzicht auf wohlverdiente **Reallohnansprüche**. Darüber hinaus wird die stabilitätspolitische Begründung der Lohnleitlinien als Versuch kritisiert, die Stabilisierungslasten einseitig auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Die folgende Analyse der stabilitäts- und verteilungspolitischen Implikationen alternativer Nominallohnkonzepte soll auch dazu beitragen, derartigen Fehlurteilen entgegenzuwirken und die Verteilungsdebatte auf eine ökonomisch rationale Grundlage zu stellen.

II. Angebots- und nachfrageorientierte Konzeptionen der Lohnpolitik

Alternative Lohnleitlinien

Das bekannteste Stabilitätslohnkonzept ist die **produktivitätsorientierte Lohnpolitik**, die auch den Ausgangspunkt der weiteren Überlegungen bildet. Diskutiert werden alternative Ansätze einer theoretischen Begründung der Produktivitätsformel sowie Ansatzpunkte der Kritik und der Weiterentwicklung des Konzepts unter angebots- oder nach-

fragetheoretischen Aspekten. Die angebotsorientierte Perspektive charakterisiert vor allem das Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (vgl. Sachverständigenrat 1964, Z. 248). Nachfragefaktoren spielen dagegen in der Diskussion über die Lohnleitlinien eine untergeordnete Rolle. Sie werden vor allem in Verbindung mit einer verstärkten Vermögensbildung der Arbeitnehmer diskutiert. Eine stabilitätsgerechte Lohnpolitik setzt freilich voraus, dass die einseitige Angebots- bzw. Kostenorientierung zugunsten einer stärkeren Integration von Nachfrage- bzw. Kreislaufaspekten aufgegeben wird.

1. Das Konzept der produktivitätsbezogenen Lohnpolitik

Die produktivitätsorientierte Lohnpolitik zeichnet sich durch die Orientierung der Erhöhung der Nominallohnsätze an der Steigerungsrate der durchschnittlichen volkswirtschaftlichen **Arbeitsproduktivität** aus. Das damit verfolgte Primärziel ist die Preisniveaustabilisierung. Verteilungspolitische Ziele sollen demgegenüber zurücktreten: „Die Konstanz der Lohnquote wird als Preis für die Stabilisierung des volkswirtschaftlichen Preisniveaus in Kauf genommen“ (Ott 1968, S. 48).

Kostenbezogene Preisbildung

Die angebots- bzw. kostenorientierte Argumentation stellt den Zusammenhang zwischen Angebotspreisniveau und Stückkosten in den Vordergrund (vgl. Bartmann 1981, S. 338 ff.). Ausgangspunkt ist die Überlegung, dass die Preisbildung in einer Wirtschaft, in der monopolistische Marktformen (Oligopole, monopolistische Konkurrenz) dominieren, typischerweise mit Hilfe einer **Zuschlagskalkulation** erfolgt. Als Kalkulationsgrundlage dienen im einfachsten Fall die Lohnstückkosten, die dem Produkt aus Lohnsatz (w) und Arbeitsstunden (A) dividiert durch das reale Sozialprodukt (Y_r) entsprechen. Das **Angebotspreisniveau** (p_s) ergibt sich dann in Abhängigkeit von den Lohnstückkosten und dem darauf bezogenen Gewinnzuschlag (z):

$$(1) \quad p_s = (1 + z) \cdot w \cdot \frac{A}{Y_r}$$

Nominallohnerhöhungen im Umfang des Produktivitätsfortschritts haben nach Gleichung (1) keine Preissteigerungen zur Folge, sofern der Gewinnzuschlag konstant bleibt. Da der Zuschlag den durchschnittlichen **Monopolgrad** zum Ausdruck bringt, kann man Gleichung (1) auch so interpretieren, dass produktivitätsorientierte Lohnabschlüsse bei unveränderten Wettbewerbsverhältnissen preisniveauneutral sind.

Der Bezug zur Einkommensverteilung lässt sich leicht über die **Lohnquote** herstellen, die aus der Angebotspreisbildung gemäß Gleichung (1) resultiert:

$$(2) \quad \frac{L}{Y} = \frac{w \cdot A}{p_s \cdot Y_r} = \frac{1}{1 + z}$$

Bei konstantem Gewinnzuschlag bzw. Monopolgrad ist der Anteil der Löhne (L) am Gesamteinkommen (Y) angebotsseitig fixiert. Die Nominallohnpolitik hat keinen Einfluss auf die **Einkommensverteilung**. Lohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus bewirken einen **Anstieg des Preisniveaus**, der die Lohn- bzw. die Gewinnquote stabilisiert. Die Forderung nach einer produktivitätsbezogenen Lohnpolitik bedeutet aus dieser Perspektive, dass die ohnehin feststehende Verteilung akzeptiert werden soll, damit die Preisniveaustabilität nicht unter zwecklosen Verteilungskämpfen leidet. Da sich die Einkommensverteilung unabhängig von der Lohnpolitik aus den unterstellten Angebotsbedingungen ergibt, ist die oben zitierte Aussage von Ott etwas irreführend, dass die Konstanz der Lohnquote mit Blick auf die Stabilisierung des Preisniveaus in Kauf genommen werden müsse.

Grenzproduktivitätstheoretischer Ansatz

Die angebotsseitige Begründung der Produktivitätsregel kann nicht nur auf der Basis einer monopolgradtheoretisch, sondern auch auf der Basis einer grenzproduktivitätstheoretisch fundierten Preisbildung erfolgen. Die makroökonomische Grenzproduktivitätstheorie geht von einer neoklassischen Produktionsfunktion aus, die Substitution zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit (A) und Kapital (K) zulässt und bei partieller Faktorvariation abnehmende Ertragszuwächse aufweist. Die Preisbildung der Unternehmen folgt einem Gewinnmaximierungskalkül nach dem **Marginalprinzip**. Oftmals wird über diesen allgemeinen Rahmen hinausgehend die Marktform der vollkommenen Konkurrenz sowie als spezifische Form der neoklassischen eine **Cobb/Douglas-Produktionsfunktion** vorausgesetzt. In diesem Fall gilt für die Gesamtproduktion bzw. das Realeinkommen:

$$(3) \quad Y_r = Y_r(A, K) = A^\alpha \cdot K^{1-\alpha}$$

Bei vollkommener Konkurrenz resultiert dann für den Reallohn

$$(4) \quad \frac{w}{p} = \frac{dY_r}{dA} = \alpha \cdot A^{\alpha-1} \cdot K^{1-\alpha} = \alpha \cdot \frac{Y_r}{A}$$

und infolgedessen für die **Lohnquote**:

$$(5) \quad \frac{L}{Y} = \frac{w \cdot A}{p \cdot Y_r} = \frac{dY_r/dA}{Y_r/A} = \alpha$$

Der Anteil der Löhne am Sozialprodukt entspricht dem Verhältnis zwischen dem physischen Grenzprodukt und dem Durchschnittsprodukt der Arbeit (Produktionselastizität). Wenn eine Cobb-Douglas-Funktion vorliegt, verändern sich Grenz- und Durchschnittsprodukt bei partieller Faktorvariation prozentual gleich, so dass der Quotient aus beiden Größen konstant bleibt. Die Lohnquote reagiert nicht auf Veränderungen von Produktion und Beschäftigung, sondern erreicht im Gleichgewicht stets den Wert des Exponenten des Faktors Arbeit (α) in der Produktionsfunktion.

Wiederum ist also die Verteilung angebotsseitig fixiert, und zwar durch die Eigenschaften der Produktionsfunktion und die Konkurrenzverhältnisse. Die **Konsequenzen** für die Lohnpolitik entsprechen daher auch weitgehend den auf der Grundlage einer Zuschlagskalkulation abgeleiteten Ergebnissen: Produktivitätsbezogene Nominallohnerhöhungen lassen Preisniveau und Verteilung unberührt, während Lohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus bei gegebenem Sozialprodukt inflationär wirken, ohne die Lohnquote zu verändern.

Wirkungen einer expansiven Lohnpolitik

Allerdings können expansive Lohnerhöhungen auch zu Lasten von Produktion und Beschäftigung gehen. Wenn der induzierte Anstieg des Preisniveaus den Nominallohnzuwachs nicht kompensiert, steigt der Reallohn und infolgedessen nimmt die Beschäftigung ab. Die Konstanz der Lohnquote ist eben nicht gleichbedeutend mit einem konstanten Reallohn. Vielmehr besteht die Möglichkeit, dass die noch beschäftigten Arbeitnehmer ihre **Reallohnposition** zu Lasten der nicht mehr Beschäftigten verbessern. Entgegen einer verbreiteten Ansicht führen höhere Nominallöhne aber nicht zwangsläufig zu einem Beschäftigungsabbau. Ob und in welchem Maße dies geschieht, hängt vom Preiserhöhungsspielraum der Unternehmen und damit von der Entwicklung der nominalen Gesamtnachfrage ab. Dies zeigt bereits, dass eine rein **angebotsseitige Betrachtung** der Lohneffekte unvollständig ist und irreführende Schlussfolgerungen nahelegt.

Frage 1: Erläutern Sie das Konzept der produktivitätsbezogenen Lohnpolitik.

Berücksichtigung der Nichtlohnkosten

2. Das Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik

Bevor die Nachfrageaspekte integriert werden, erscheint es zweckmäßig, die angebotsorientierte Sicht durch das Konzept der **kostenniveauneutralen Lohnpolitik** zu ergänzen. Der Sachverständigenrat wandte sich damit vor allem gegen die Vernachlässigung der **Nichtlohnkosten** durch die Produktivitätsregel. Die wesentlichen lohnpolitischen Bedingungen für Geldwertstabilität bei Vollbeschäftigung hat der Sachverständigenrat folgendermaßen umrissen (vgl. Sachverständigenrat 1964, Z. 248):

- Das Problem der Geldwertstabilität bei Vollbeschäftigung ist identisch mit dem Problem der Stabilisierung des volkswirtschaftlichen Kostenniveaus.
- Damit das Kostenniveau nicht steigt, dürfen die Nominallöhne im Allgemeinen nur um den Prozentsatz erhöht werden, um den in der Gesamtwirtschaft das Produktionsergebnis je Stunde zugenommen hat.
- Über den Fortschritt der gesamtwirtschaftlichen Produktivität hinaus ist ein zusätzlicher Spielraum für Lohnerhöhungen gegeben, wenn der Anteil der Kapitalkosten an den Gesamtkosten abnimmt oder wenn die Terms of Trade sich verbessern.
- Zu den Lohnerhöhungen rechnen im Hinblick auf die Kostenseite auch Anhebungen der Sozialversicherungsbeiträge, sofern sie den Arbeitgeberanteil betreffen.

Die kostenniveauneutrale Lohnpolitik stellt den Kosten-Preis-Zusammenhang in den Vordergrund und korrespondiert insofern mit einer Zuschlagskalkulation auf der Basis der gesamten Stückkosten. Die **Einbeziehung zusätzlicher Kostenfaktoren** ist ein Fortschritt gegenüber der einfachen Produktivitätsregel. Neben Kapitalkosten, Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung und Kosten der importierten Vorleistungen, die sich

hinter dem Hinweis auf die Terms of Trade verbergen, müssen als weitere gesamtwirtschaftlich relevante Größe die indirekten Steuern berücksichtigt werden. Fasst man diese Größen als Nichtlohnkosten (Q) zusammen, so erhält man eine gegenüber Gleichung (1) erweiterte Funktion für das Angebotspreisniveau mit z^* für den Gewinnzuschlag auf die gesamten Stückkosten:

$$(6) \quad p_S = (1 + z^*) \cdot \left(w \cdot \frac{A}{Y_r} + \frac{Q}{Y_r} \right)$$

Unterschied zur einfachen Produktivitätsregel

Bei strenger **ceteris-paribus-Argumentation** unterscheidet sich die kostenniveauneutrale Lohnpolitik nicht von der einfachen Produktivitätsregel. In beiden Fällen lassen produktivitätsbezogene Nominallohnerhöhungen für sich genommen das Kosten- und damit auch das Preisniveau unberührt, während Lohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus Preissteigerungen nach sich ziehen, die eine Überwälzung der zusätzlichen Lohnstückkosten ermöglichen. In einer engen Interpretation könnte man der produktivitätsbezogenen Lohnpolitik aus angebotsorientierter Sicht also durchaus **Stabilitätskonformität** attestieren.

Allerdings geht das Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik einen Schritt weiter. Variationen der Nichtlohnkosten pro Stück sollen durch entgegengerichtete Abweichungen der Nominallohnerhöhungen vom Produktivitätsfortschritt ausgeglichen werden. Steigen die spezifischen Nichtlohnkosten, so setzt ein stabiles Angebotspreisniveau aus kostentheoretischer Sicht Nominallohnerhöhungen unterhalb der Zuwachsrate der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität voraus. Hinter solchen Abweichungen von der Produktivitätsregel steht eine weit gefasste Interpretation der Stabilitätskonformität. Die Lohnpolitik soll nicht nur selbst keine inflationären Impulse geben, sondern darüber hinaus anderweitig verursachte Preisauftriebstendenzen neutralisieren. Eine solche **kompensatorische Lohnpolitik** stellt — unabhängig von der konkreten Kompensationsregel — besondere Anforderungen an die Kompromissbereitschaft der Arbeitnehmer bzw. Gewerkschaften.

In diesem Zusammenhang muss man jedoch beachten, dass auch die kostenniveauneutrale Lohnpolitik innerhalb des gesetzten Modellrahmens keinen Verzicht der Arbeitnehmer auf sonst mögliche **Realeinkommen** verlangt. Beispielsweise impliziert ein Anstieg der indirekten Steuern einen Rückgang der Lohnquote, egal, ob die Lohnpolitik dies in Form eines Abschlags von der Produktivitätsformel freiwillig akzeptiert, oder ob der Reallohnverzicht unfreiwillig über eine höhere Inflationsrate erfolgt. Aus angebotsorientierter Sicht verlieren die Arbeitnehmer durch eine kostenniveauneutrale Lohnpolitik nichts, was sie durch eine andere Lohnstrategie erreichen könnten.

Andererseits ergibt sich aber auch kein Anhaltspunkt für die Notwendigkeit einer **Lohnzurückhaltung**, solange die Nichtlohnkosten pro Stück konstant bleiben. Selbst wenn die Nominallohnerhöhungen den Produktivitätsfortschritt unterschreiten, kommt es nach der Logik des Sachverständigenrates nicht zu einem Rückgang der Lohnquote, sondern zu Preissenkungen, die dafür sorgen, dass die Reallöhne letzten Endes mit der Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität steigen.

Frage 2: Was unterscheidet die kostenniveauneutrale von der produktivitätsbezogenen Lohnpolitik?

Angebotstheoretische Botschaft für die Lohnpolitik

Die zentrale angebotstheoretische Botschaft für die Lohnpolitik besteht in dem nachdrücklichen Hinweis auf die Bedeutung des Produktivitätsfortschritts für den **Reallohnspielraum** in einer Volkswirtschaft. Es trifft zu, dass eine produktivitätsbezogene und mehr noch eine kostenniveauneutrale Lohnpolitik allein die Stabilität des Angebotspreisniveaus zum Maßstab ökonomisch vertretbarer Lohnerhöhungen erhebt. Der Verzicht auf Nominallohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus kann aber nicht als verteilungspolitisches Zugeständnis interpretiert werden. Vielmehr ist die Lohnquote keine sinnvolle Zielgröße der Nominallohnpolitik, da sie von Faktoren abhängt, die sich einer lohnpolitischen Einflussnahme entziehen.

3. Das Konzept der nachfrageniveauneutralen Lohnpolitik

Wie bereits erwähnt, vernachlässigt die angebots- bzw. kostenorientierte Sicht der Lohnpolitik die Nachfrageseite. Dies muss als überraschend empfunden werden, denn der Sachverständigenrat argumentiert explizit für eine vollbeschäftigte Wirtschaft, in der das Preisniveau gerade nicht rein kostentheoretisch erklärt werden kann. Vielmehr sind

Variationen der monetären Gesamtnachfrage mit gleichgerichteten Preisänderungen verbunden, so dass die Frage nach den nachfrageseitigen Determinanten des Preisniveaus und ihrer Bedeutung für die Preis- und Verteilungseffekte der Lohnpolitik gestellt werden muss.

Den Ausgangspunkt bildet die kreislauftheoretische Begründung der Produktivitätsregel (vgl. Bartmann 1981, S. 334 ff.). **Preisniveaustabilität** kann erreicht werden, wenn die nominelle Gesamtnachfrage und das reale Gesamtangebot mit derselben Rate wachsen. Bei einer produktivitätsbezogenen Lohnpolitik ist dies unter bestimmten Voraussetzungen der Fall. Die grundlegenden Zusammenhänge lassen sich unter Vernachlässigung des Staates und der Außenwirtschaft skizzieren. Verwendungsseitig entspricht das nominelle Sozialprodukt in diesem Fall der Summe aus Konsum (C) und (Netto-)Investitionen (I) bzw. Ersparnissen (S), während auf der Verteilungsseite nach Löhnen (L) und Gewinnen (G) zu differenzieren ist:

$$(7) \quad Y = C + I = C + S = L + G$$

Kreislauftheorie der Verteilung

Ein gesamtwirtschaftliches **Gütermarkt-Gleichgewicht** liegt vor, wenn die geplanten Investitionen den geplanten Ersparnissen entsprechen, denn im Umfang der Investitionen muss gesamtwirtschaftlich auf Konsum verzichtet werden. Die von Kaldor entwickelte Kreislauftheorie der Verteilung (vgl. Koch 1988, S. 253 ff.) zeigt, dass ein IS-Gleichgewicht bei gegebenem realen Sozialprodukt über Änderungen in der Einkommensverteilung herbeigeführt werden kann. Die Ersparnisse hängen in diesem Modell vom Einkommen der Arbeitnehmer und Unternehmer ab, und die Sparquote der Unternehmer (s_G) ist größer als die Sparquote der Arbeitnehmer (s_L). Letzteres kann insbesondere aufgrund des Sparens der Unternehmen in Form der nicht ausgeschütteten Gewinne vorausgesetzt werden. Unter der Annahme einer **Kaldor-Sparfunktion**

$$(8) \quad S = s_L \cdot L + s_G \cdot G$$

variiert die **volkswirtschaftliche Sparquote** mit der Einkommensverteilung:

$$(9) \quad \frac{S}{Y} = s_L \cdot \frac{L}{Y} + s_G \cdot \frac{G}{Y} = s_G - (s_G - s_L) \cdot \frac{L}{Y} = \frac{I}{Y} = \frac{I_r}{Y_r}$$

Eine Verteilungsumschichtung zu Lasten der Arbeitnehmer erhöht den Anteil der Ersparnisse am Sozialprodukt (S/Y). Dies ist erforderlich, wenn der Anteil der Investitionen am Sozialprodukt (Investitionsquote: $I/Y = I_r/Y_r$) zunimmt, d.h., wenn ein neues gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht nur durch eine **Verdrängung des privaten Konsums** relativ zum Sozialprodukt erreicht werden kann.

Was hat dieser **Verteilungsmechanismus** mit einer stabilitätskonformen Lohnpolitik zu tun? Bezogen auf die Einkommensverteilung folgt aus Gleichung (9), dass die Lohnquote durch den Anteil der Investitionen am Sozialprodukt und das Sparverhalten der Arbeitnehmer bzw. Unternehmer determiniert ist:

Kaldor-Formel

$$(10) \quad \frac{L}{Y} = \frac{w \cdot A}{p \cdot Y_r} = \frac{s_G - I_r/Y_r}{s_G - s_L}$$

Diese Kaldor-Formel für die Lohnquote korrespondiert mit einer nachfrageseitigen Beziehung zwischen Preisniveau (p_d) und Lohnstückkosten:

$$(11) \quad p_d = \frac{s_G - s_L}{s_G - I_r/Y_r} \cdot w \cdot \frac{A}{Y_r}$$

Gleichung (11) zeigt, dass die traditionelle **Nominallohnpolitik** auch aus nachfragetheoretischer Sicht in erster Linie auf das Preisniveau wirkt und sich damit als weitgehend ungeeignetes Instrument zur Beeinflussung der Einkommensverteilung erweist. Dabei können Nominallohnerhöhungen im Umfang des Produktivitätsfortschritts wiederum als eine Art Nulllinie angesehen werden. Sie lassen das Preisniveau von der Nachfrageseite her unberührt, sofern die Investitionsquote und die gruppenspezifischen Sparneigungen der Arbeitnehmer bzw. Unternehmer konstant bleiben. In diesem Fall kann die nominelle Konsumgüternachfrage mit der Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität wachsen, ohne die Preisniveaustabilität zu gefährden, denn aufgrund des Produktivitätsfortschritts ist ein **güterwirtschaftlicher Spielraum** zur Befriedigung der Mehrnachfrage vorhanden.

Abweichungen von der Produktivitätsregel

Abweichungen von der Produktivitätsregel sind allerdings mit Blick auf die Stabilität des Preisniveaus immer dann angebracht, wenn Verschiebungen in der **Verwendungs-**

struktur des Sozialprodukts, die in einer Variation der Investitionsquote zum Ausdruck kommen, oder Änderungen im **Sparverhalten** der Arbeitnehmer bzw. der Unternehmer eintreten. Betrachtet man beispielsweise einen Anstieg der Investitionsquote, so kann der reale Konsum gemessen am Produktionspotenzial nur unterproportional steigen. Dies impliziert eine Verteilungsumschichtung zugunsten der Unternehmer. Der erforderliche Rückgang der Lohnquote erfolgt bei produktivitätsbezogener Lohnpolitik über nachfragebedingte Preissteigerungen, die eine reale Verdrängung des Arbeitnehmerkonsums bewirken. Preisniveaustabilität ist nur zu erreichen, wenn der Anstieg der Investitionsquote auf die Nominallohnerhöhungen angerechnet wird, die dann hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückbleiben müssen. Diese Folgerung gilt weitgehend analog für eine Erhöhung des Leistungsbilanzsaldos oder der staatlichen Inanspruchnahme des Produktionspotenzials.

Frage 3: Welche Anforderungen sind aus nachfrage-theoretischer Sicht an eine stabilitätskonforme Lohnpolitik zu stellen?

**Produktivitätsregel
keine hinreichende
Stabilitätsbedingung**

Produktivitätsbezogene Lohnerhöhungen stellen also auch kreislauftheoretisch gesehen keine hinreichende Stabilitätsbedingung dar. Allerdings unterscheiden sich die für eine im weiteren Sinne stabilitätskonforme Lohnpolitik maßgeblichen **Kompensationsregeln** fundamental. Während der Sachverständigenrat die Kompensation anderweitig verursachter Kostenänderungen als notwendig und hinreichend erachtet, stellt der kreislauftheoretische Ansatz den Ausgleich von Schwankungen der monetären Gesamtnachfrage in den Vordergrund, die auf Änderungen im Sparverhalten und in der Verwendungsstruktur des Sozialprodukts zurückgehen.

III. Verknüpfung der angebots- und nachfrageorientierten Lohnleitlinien

Die Löhne stellen einerseits den gesamtwirtschaftlich bedeutendsten **Kostenfaktor**, andererseits aber auch die wichtigste **Quelle des Konsums** dar. Insofern ist es schon erstaunlich, dass in der wissenschaftlichen und mehr noch in der politischen Diskussion meist keine Integration der relevanten Aspekte erfolgt. Angebots- und nachfrageorientierte Stabilitätslohnkonzepte müssen jedoch miteinander verknüpft werden, wenn man ein realitätsnahes Bild von den Möglichkeiten und vielleicht mehr noch von den Grenzen einer stabilitätskonformen Lohnpolitik gewinnen will (vgl. Scherf 1995, S. 564 ff.).

1. Angebots- und Nachfrageeffekte der Nominallohnpolitik

Betrachtet man im ersten Schritt allein die **gesamtwirtschaftlichen Wirkungen** der Lohnpolitik, so gilt aus den genannten Gründen, dass produktivitätsbezogene Nominallohnerhöhungen das Preisniveau angebots- wie nachfrageseitig weitgehend unberührt lassen. Nominallohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus bewirken dagegen einen Anstieg der Stückkosten und der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Daher ist auf jeden Fall mit Preissteigerungen zu rechnen, während die Beschäftigungs- und Verteilungseffekte vor allem von den monetären Rahmenbedingungen abhängen.

**Wirkungen einer
expansiven Lohnpolitik**

- Bei **elastischem Geldangebot** ist eine Vollüberwälzung der Lohnerhöhungen wahrscheinlich. Die Konsumgüternachfrage steigt weitgehend lohnkostenproportional, und die Unternehmen haben bei konstantem Zinsniveau keinen Anlass zur Reduktion ihrer Investitionsgüternachfrage. Die Lohnpolitik wirkt unter diesen Umständen in erster Linie auf die Preise, während ihr unmittelbarer Einfluss auf Produktion und Beschäftigung gering zu veranschlagen ist. Dementsprechend bleibt auch die Einkommensverteilung weitgehend unberührt.
- Dies ändert sich, wenn die Zentralbank aufgrund der lohnbedingten Preissteigerungen einen restriktiven Kurs einschlägt. Es kommt dann zu **Zinserhöhungen** mit der Folge einer Verdrängung der zinsabhängigen Nachfrage, insbesondere der privaten Investitionen. In diesem Fall bleibt der nominelle Nachfragezuwachs hinter dem Kostenanstieg zurück. Da eine Vollüberwälzung nachfrageseitig nicht realisierbar ist, nehmen Produktion und Beschäftigung bei steigendem Preisniveau ab.
- Die **Verteilung** kann sich dabei durchaus zugunsten der Lohnquote verschieben. Dazu tragen zwei Faktoren bei: (1) Die Unternehmer machen bei rückläufigem Absatz begrenzte Preiszugeständnisse, reduzieren also den kostenbezogenen Gewinnzuschlag. (2) Der Rückgang der Produktion ist trotz des Beschäftigungsabbaus mit einem Anstieg der Lohnstückkosten verbunden, weil die fixen Lohnkosten sich nun auf eine geringere Menge verteilen. Die reale Lohnsumme nimmt jedoch ab, so dass von einem verteilungspolitischen Erfolg keine Rede sein kann.

- In einer **offenen Volkswirtschaft** kann der Preisanstieg im Inland auch unabhängig von monetären Restriktionen zu Lasten der Beschäftigung gehen. Insbesondere bei festen Wechselkursen (und damit auch in der Europäischen Währungsunion) ist eine Beeinträchtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu erwarten. Eine daraus resultierende Tendenz zur Passivierung der Leistungsbilanz trägt zu einem unterproportionalen Wachstum der nominellen Gesamtnachfrage relativ zu den Produktionskosten bei und schränkt damit den Überwälzungsspielraum (weiter) ein.

Aus der Kombination einer expansiven Lohn- mit einer restriktiven Geldpolitik resultiert eine Stagflationstendenz, die durch außenwirtschaftliche Rückwirkungen verstärkt werden kann. Derartige Entwicklungen waren charakteristisch für die konjunkturellen Rückschläge der jüngeren Vergangenheit, nicht zuletzt auch für die Stabilitätsprobleme im Gefolge der deutschen Einheit. Durch eine Ausrichtung der Nominallohnerhöhungen an der Produktivitätsregel ist **Stagflation** zumindest insoweit vermeidbar, als sie auf die Lohnpolitik selbst zurückgeht. Produktivitätsbezogene Lohnerhöhungen sind für sich genommen weitgehend preis- und beschäftigungsneutral und können in diesem Sinne als stabilitätskonform gelten.

2. Die Problematik einer „kompensatorischen“ Lohnpolitik

Weniger eindeutig ist die Frage zu beantworten, ob eine im Prinzip produktivitätsbezogene Lohnpolitik durch Einführung bestimmter **Kompensationsregeln** stabilitätspolitisch sinnvoll ergänzt werden kann. Die grundlegenden Aspekte lassen sich am Beispiel einer angebots- und einer nachfrageseitigen Störung aufzeigen.

Zur Stabilitätskonformität der kostenniveauneutralen Lohnpolitik

Bei einer **Erhöhung der Nichtlohnkosten** pro Stück empfiehlt die kostenniveauneutrale Lohnpolitik ein Zurückbleiben der Nominallohnerhöhungen hinter dem Produktivitätsfortschritt, um die gesamten Stückkosten und damit das Angebotspreisniveau zu stabilisieren. Vernachlässigt wird dabei, dass Lohnerhöhungen unterhalb der Zuwachsrates der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität auf eine Verminderung der lohnabhängigen Nachfrage pro Stück hinauslaufen und infolgedessen die Nachfragefunktion nach unten verschieben. Dadurch kommt es ceteris paribus zu Preissenkungen und in einer unterbeschäftigten Wirtschaft auch zu Produktions- und Beschäftigungsverlusten. Mit einem Ausgleich der Wirkungen wachsender Nichtlohnkosten durch eine **kostenniveauneutrale Lohnpolitik** kann also nicht ohne weiteres gerechnet werden.

Erfolgversprechend ist die kostenniveauneutrale Lohnpolitik nur dann, wenn die Erhöhung der Nichtlohnkosten mit einem Nachfragezuwachs einhergeht. Dies charakterisiert beispielsweise eine Erhöhung der indirekten Steuern zur Finanzierung zusätzlicher Staatsausgaben oder eine Anhebung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung zur Finanzierung zusätzlicher Sozialleistungen. In solchen Fällen kann eine restriktive Lohnpolitik der **Kosten- und Nachfragesteigerung** entgegenwirken. Da die Löhne Angebot und Nachfrage berühren, erweist sich der Kompensationsansatz jedoch als untauglich, wenn es um den Ausgleich reiner Kosteneffekte geht.

Frage 4: In welchen Situationen sind angebotsorientierte Abweichungen von der Produktivitätsregel empfehlenswert?

Zur Stabilitätskonformität der nachfrageniveau-neutralen Lohnpolitik

Als zweites Beispiel für ein Kompensationsproblem dient der Fall einer **Erhöhung der Arbeitnehmerersparquote**, etwa durch die investive Bindung eines Teils der Nominallohnerhöhungen. Dies bewirkt bei produktivitätsbezogener Lohnpolitik ein Zurückbleiben des Wachstums der nominellen Konsumgüternachfrage hinter dem produktivitätsbedingten Anstieg des verfügbaren Konsumgütervolumens. Aus kreislauftheoretischer Sicht gibt es daher einen Spielraum für Nominallohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus. Sie würden den restriktiven Effekt des zusätzlichen Arbeitnehmersparens kompensieren und die nominelle Gesamtnachfrage wieder auf ein Niveau anheben, das mit Preisniveaustabilität zu vereinbaren wäre.

Allerdings vernachlässigt diese Argumentation die möglichen Rückwirkungen einer nachfrageniveauneutralen, aber kostensteigernden Lohnpolitik auf den **Auslastungsgrad** des Produktionspotenzials. Befindet sich die Wirtschaft in einer Rezession, so dürfte der Stückkostenzuwachs Preissteigerungen hervorrufen, die bei fehlender Mehrnachfrage mit einem Rückgang der Produktionsmenge verbunden sind. Die nachfrageseitig scheinbar richtige lohnpolitische Strategie würde also eine **Stagflationstendenz** hervorrufen und wäre stabilitätspolitisch kontraproduktiv. Eine rein nachfrageseitige Störung der gesamtwirtschaftlichen Ausgangslage kann eben nicht durch kosten- und

nachfragewirksame lohnpolitische Gegenmaßnahmen kompensiert werden. Ein nachfrageseitiger Spielraum für Lohnerhöhungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus sollte daher nur bei Vollbeschäftigung ausgeschöpft werden. Weil und soweit das effektive Preisniveau dann über dem durch die Stückkosten bestimmten **Mindestpreisniveau** liegt, kann in gewissem Umfang mit beschäftigungsneutralen Preissenkungen gerechnet werden.

Frage 5: In welchen Situationen sind nachfrageorientierte Abweichungen von der Produktivitätsregel empfehlenswert?

IV. Konsequenzen für ein erweitertes Stabilitätslohnkonzept

Die Überlegungen zu den **kompensatorischen Lohnkonzepten** zeigen, dass einseitige angebots- oder nachfrageorientierte Leitlinien den stabilitätspolitischen Erfordernissen nur eingeschränkt gerecht werden können. Unter Beachtung beider Marktseiten lassen sich eindeutige Empfehlungen jedoch nur unter bestimmten zusätzlichen Voraussetzungen geben. Eine Verallgemeinerung der hier diskutierten Beispiele führt zu folgenden Ergebnissen:

- Die Zuwachsrate der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität ist eine geeignete Ausgangsgröße zur Bestimmung des Verteilungsspielraums. **Produktivitätsbezogene Lohnerhöhungen** stabilisieren für sich genommen Angebot und Nachfrage relativ zum Auslastungsgrad des Produktionspotenzials. Die produktivitätsorientierte Lohnpolitik kann aber nur unter ceteris-paribus-Bedingungen als weitgehend preis- und beschäftigungsneutral angesehen werden.
- Von der Nominallohnpolitik gehen annähernd parallele Kosten- und Nachfrageeffekte aus, so dass **Abweichungen von der Produktivitätsregel** in erster Linie auf das Preisniveau wirken. Sie sollten aus stabilitätspolitischer Sicht in Betracht gezogen werden, wenn sich andere Bestimmungsfaktoren des Preisniveaus verändern. Die Erfolgsaussichten einer kompensatorischen Lohnpolitik hängen allerdings von der Art der Störung und von der konjunkturellen Ausgangslage ab.
- Unabhängig von der Konjunkturlage ist eine Anrechnung auf die Lohnsteigerungen sinnvoll, wenn der Störfaktor ebenso wie die Lohnpolitik weitgehend **symmetrisch auf Kosten und Nachfrage** wirkt. Beispielsweise führt die Finanzierung zusätzlicher Staatsausgaben durch eine Erhöhung der indirekten Steuern zu Kostensteigerungen, die durch Lohnerhöhungen unterhalb der Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität neutralisiert werden können. Der damit verbundene restriktive Nachfrageeffekt würde darüber hinaus tendenziell für einen Ausgleich der staatlichen Mehrnachfrage sorgen. Die Überwälzung indirekter Steuern, die normalerweise über Preissteigerungen erfolgt, kann also stabilitätskonform mit Hilfe einer kompensatorischen Lohnpolitik erreicht werden.
- Bei **asymmetrischen Kosten- und Nachfrageeffekten** sind die Möglichkeiten der Lohnpolitik begrenzt. In jedem Fall muss auf die konjunkturelle Situation geachtet werden: (1) Bei **Vollbeschäftigung** bestimmt das Kostenniveau nur die Preisuntergrenze. Daher kann die Lohnpolitik anderweitig verursachten Variationen der Gesamtnachfrage und des Preisniveaus entgegenwirken. Nominallohnerhöhungen unterhalb des Produktivitätsfortschritts sind beispielsweise anzuraten, wenn das Produktionspotenzial vermehrt durch Investitionen, Staatsausgaben oder Exporte in Anspruch genommen wird. (2) Bei **Unterbeschäftigung** gewinnen die Kosten an Bedeutung für die Bestimmung des Preisniveaus. Da die Lohnpolitik keine Nachfrage-lücke schließen kann, weil sie immer auch auf das Angebot wirkt, ist sie zur Rezessionsbekämpfung ungeeignet. Eine Orientierung an der Kostensituation kann aber zur Preisniveaustabilität beitragen und damit die Voraussetzungen für eine erfolgversprechende Globalsteuerung verbessern.

Empfehlungen für eine stabilitätskonforme Lohnpolitik

Fazit

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die **Produktivitätsregel** den Kern einer gesamtwirtschaftlich vertretbaren Nominallohnpolitik bildet. Wenn sich die Tarifpartner daran orientieren, begegnen sie wenigstens der von expansiven Lohnsteigerungen ausgehenden Stagflationsgefahr. Allerdings garantiert eine produktivitätsbezogene Nominallohnpolitik allein noch keine Preisniveaustabilität bei konstanter Beschäftigung, denn die Löhne bestimmen nicht allein über die Entwicklung dieser Größen. Kommt es aus anderen Gründen zu einer Verletzung der Stabilitätsziele, so ist stets zu prüfen, ob sich der **Stabilisierungsbeitrag der Lohnpolitik** durch zielgerichtete **Abweichungen von der Produktivitätsregel** verbessern lässt. Entsprechende Vorschläge haben jedoch nur Aussicht auf

Erfolg, wenn sie nicht einseitig für die Anrechnung von Kostenänderungen plädieren, sondern auch die jeweils relevanten Nachfrageaspekte berücksichtigen.

Literaturempfehlungen:

- Bartmann, H.: Verteilungstheorie. München 1981.
Koch, T.: Die Verteilungstheorie N. Kaldors — Der Ansatz der doppelten Sparquote. In: WISU, 17. Jg. (1988), S. 253 - 256.
Ott, A.E.: Leitlinien für die branchenmäßige Lohnfindung. Ein Beitrag zur Lohnpolitik. Düsseldorf 1968. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten, Stabiles Geld — Stetiges Wachstum. Bonn 1964.
Scherf, W.: Stabilitätskonforme Lohnpolitik: Ein Vergleich alternativer Lohnleitlinien aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 214 (1995), S. 557 - 577.

Die Beantwortung der Fragen erfolgt im WISU-Repetitorium.

Hauptstudium

Fundamentalarithmetik der Altersversorgung

Prof. Dr. Rupert Windisch, Jena

In einem einfachen realwirtschaftlichen Modell einer geschlossenen Volkswirtschaft mit überlappenden Generationen und Bevölkerungswachstum plant das repräsentative Individuum jeder Generation seinen Lebenszeitkonsum entsprechend der Lebenszyklushypothese. Die „Fundamentalarithmetik“ zur Bestimmung des Zeitpfades der Kapitalbildung und des Steady State wird in diesem Zusammenhang abgeleitet. Damit ist die analytische Grundlage geschaffen, um die beiden prinzipiellen Verfahren der Altersvorsorge — das Kapitaldeckungs- und das Umlageverfahren — hinsichtlich ihrer Allokations- und Verteilungswirkungen zwischen den Generationen — bei verschiedenen Szenarien — zu vergleichen.

I. Ein Lebenszyklus-Konsummodell

Lebenszyklus und überlappende Generationen

Man verdankt Peter Diamond (1965) das einfache **Modell einer Ein-Gut-Volkswirtschaft mit Produktion und überlappenden Generationen** (overlapping generations), dem der erste Teil dieses Beitrags gewidmet ist. Das einzige Gut ist sowohl Konsumgut als auch Kapital- oder Investitionsgut. Der — ökonomisch erhebliche — **Lebenszyklus** jedes Individuums umfasst zwei aufeinanderfolgende Lebensabschnitte: die **Erwerbsperiode**, welche die 30 Lebensjahre vom Beginn des 25. bis zum Ende des 54. Lebensjahres einschließen möge, und die **Alters- oder Ruhestandsperiode**, welche die weiteren 30 Jahre vom Beginn des 55. bis zum Ende des 85. Lebensjahres umspannen soll; danach tritt das Individuum von der Bühne des Lebens ab. Folglich „überlappen“ einander in jeder Periode t , die mit einer Zeitspanne von 30 Jahren gleichgesetzt wird, zwei Generationen: die in Periode t erwerbstätige Generation von insgesamt N_t Individuen und die im Ruhestand lebende Rentnergeneration von insgesamt A_t Individuen. Weil annahmegemäß jedes Individuum mit Sicherheit zwei Perioden lang lebt, entspricht die Kopfzahl der Rentnergeneration der Periode t derjenigen der Erwerbstätigengeneration der Periode $t - 1$: $A_t = N_{t-1}$.

Ersparnis und ihre Erträge als alleinige Grundlage des Konsums im Alter

Die Individuen jeder Generation („Kohorte“) haben identische Fähigkeiten und Präferenzen, so dass man von dem repräsentativen Individuum einer Generation sprechen kann. Das Individuum sorgt für seinen Alterskonsum durch **ertragbringende Ersparnis** vor. Mit

Das kommunikative CRM (kCRM) umfasst die gesamte Steuerung und Unterstützung sowie die Synchronisation aller Kommunikationskanäle zum Kunden (Telephonie, Internet, E-Mail, Mailings, Außendienst, etc.). Diese werden zielgerichtet eingesetzt, um eine möglichst bidirektionale Kommunikation zwischen Kunden und Unternehmen zu ermöglichen. Eine zentrale Rolle kommt dabei dem Customer Interaction Center als multimedialer Kommunikationsschnittstelle zu.

Das operative CRM (oCRM) umfasst alle Anwendungen, die im direkten Kontakt mit dem Kunden stehen (Front Office). Lösungen zur Marketing-, Sales- und Service-Automation unterstützen den Dialog zwischen Kunden und Unternehmen sowie die dazu erforderlichen Geschäftsprozesse.

Im analytischen CRM (aCRM) werden Kundenkontakte und Kundenreaktionen systematisch aufgezeichnet (Customer Data Warehouse) und zur kontinuierlichen Optimierung der kundenbezogenen Geschäftsprozesse ausgewertet (On-Line Analytical Processing, Data Mining). CRM wird zum lernenden System (Closed Loop Architecture), in dem Kundenreaktionen genutzt werden, um die Abstimmung von Kundenkommunikation, Produkten und Dienstleistungen auf fein differenzierte Kundenbedürfnisse kontinuierlich zu verbessern.

Frage 3: Welche Bedeutung räumen Sie dem analytischen Bereich im CRM-Kontext ein?

Zentrale Grundlage für alle Aktionen im Rahmen des CRM stellen möglichst detaillierte und umfangreiche Informationen über den Kunden dar. Diese Informationen fallen in den einzelnen Kommunikationskanälen an und werden kontinuierlich in das Customer Data Warehouse eingespeist. Mit Data Mining oder OLAP kann daraus handlungsrelevantes Wissen generiert werden, das den Ausgangspunkt für den weiteren differenzierten Dialog zwischen Kunden und Unternehmen bildet.

Frage 4: Nennen Sie einige mögliche Kommunikationskanäle im Business-to-Consumer-Bereich und weisen sie jeweils Einsatzmöglichkeiten auf.

An erster Stelle ist der persönliche Kontakt zu nennen. In vielen Fällen kann auf den direkten Kontakt trotz neuester IuK-Technologien nicht verzichtet werden. Während auf den meisten anderen Kommunikationskanälen das Ziel der Individualisierung nur bedingt erreicht werden kann, ist dies z.B. bei einem Außendienstmitarbeiter mit nur wenigen Kunden noch möglich.

Durch Mailings können dem Kunden gezielt Informationen vermittelt werden, z.B. Produktwerbungen. Diese werden im Rahmen des CRM stark differenziert und möglichst genau an die kundenspezifische Situation angepasst. Eine Adressauswahl mit Hilfe von vorgelegten Responseanalysen kann dabei die Effizienz solcher Mailings steigern.

Ähnliche Einsatzmöglichkeiten wie ein Mailing bieten E-Mails. Durch die elektronische Übertragung ist dieser Kanal schneller und kostengünstiger.

Der Bereich der Telephonie umfasst heute ein sehr weitgreifendes Einsatzgebiet. Call Center bieten ein umfangreiches Spektrum an Funktionen, wie z.B. Auftragsannahme, Help Desk und Beschwerdemanagement, an. Über diese Inbound-Aktivitäten hinaus, kann das Call Center z.B. auch als Instrument des Telemarketing eingesetzt werden (Outbound).

Das Internet stellt den wohl flexibelsten Kommunikationskanal dar, indem der gesamte Kaufzyklus unabhängig von Öffnungszeiten abgedeckt werden kann.

Der neueste Bereich ist das mobile Internet, besser bekannt unter dem Schlagwort WAP. Alle Vorzüge, die bisher dem stationären Kommunikationskanal Internet zugeschrieben werden, können auch auf den mobilen Zugriff übertragen werden.

Volkswirtschaftslehre/Grundstudium

Fragen und Antworten 1 - 5 zu „Orientierungsgrößen und gesamtwirtschaftliche Wirkungen der Nominallohnpolitik“ von Prof. Dr. W. Scherf. WISU 10/00, S. 1374 - 1390.

Frage 1: Erläutern Sie das Konzept der produktivitätsbezogenen Lohnpolitik.

Eine produktivitätsbezogene Lohnpolitik beinhaltet die Koppelung der Nominallohnsteigerungen an die Steigerungsrate der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität. Primärziel der produktivitätsbezogenen Lohnpolitik ist die Stabilisierung des Preisniveaus. Aus angebotstheoretischer Sicht (Monopolgradtheorie, Grenzproduktivitätstheorie) wirken Nominallohnsteigerungen über den Produktivitätsfortschritt hinaus inflationär, weil sie die Stückkosten erhöhen und die Unternehmen zum Ausgleich ihre Absatzpreise anheben werden. Eine Verbesserung der Verteilungsposition der Arbeitnehmer ist somit nicht zu erwarten.

Frage 2: Was unterscheidet die kostenniveauneutrale von der produktivitätsbezogenen Lohnpolitik?

Das angebotsorientierte Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik stellt auf den Stückkosten-Preis-Zusammenhang ab und korrespondiert mit einer Zuschlagskalkulation auf der Basis der gesamten Stückkosten. Der wesentliche Unterschied zur produktivitätsbezogenen Lohnpolitik liegt in der Einbeziehung der Nichtlohnkosten. Die Lohnerhöhungen sollen sich prinzipiell am Produktivitätszuwachs orientieren, aber gegebenenfalls davon nach unten (oben) abweichen, wenn eine Zunahme (Abnahme) der sonstigen Stückkosten zu verzeichnen ist. Es handelt sich bei der kostenniveauneutralen also um eine Spielart der kompensatorischen Lohnpolitik, da hier anderweitig verursachte Kosten- und Preisauftriebstendenzen durch die Lohnpolitik neutralisiert werden sollen.

Frage 3: Welche Anforderungen sind aus nachfrage-theoretischer Sicht an eine stabilitätskonforme Lohnpolitik zu stellen?

Aus nachfrage-theoretischer Sicht müssen nominale Gesamtnachfrage und reales Gesamtangebot mit derselben Rate wachsen, um Preisniveau und Beschäftigung zu stabilisieren. Eine produktivitätsbezogene Lohnpolitik kann dies nur gewährleisten, wenn Änderungen in der Verwendungsstruktur des Sozialprodukts oder im Sparverhalten der Arbeitnehmer bzw. Unternehmer ausbleiben. Andernfalls sind Abweichungen von der Produktivitätsregel angezeigt. Beispielsweise reduziert eine wachsende Investitionsquote den Spielraum für reale Konsumsteigerungen. Dies kann durch eine Lohnzuwachsrate unterhalb des Produktivitätsfortschritts aufgefangen werden. Da anderweitig verursachte Nachfrage- und Preisauftriebstendenzen neutralisiert werden sollen, handelt es sich auch bei der nachfrage-niveauneutralen um eine Variante der kompensatorischen Lohnpolitik.

Frage 4: In welchen Situationen sind angebotsorientierte Abweichungen von der Produktivitätsregel empfehlenswert?

Die kostenniveauneutrale Lohnpolitik fordert bei einer Erhöhung der Nichtlohnkosten pro Stück ein Zurückbleiben der Lohnerhöhungen hinter dem Produktivitätszuwachs. Dies ist nur erfolgversprechend, wenn die Erhöhung der Nichtlohnkosten mit einem Nachfrageanstieg einhergeht. Ansonsten stabilisiert die Lohnpolitik zwar die Stückkosten und damit die Angebotsfunktion, geht aber — relativ zum Produktionspotenzial — mit einem Nachfrageverlust einher. Infolgedessen ist zumindest in einer unterbeschäftigten Wirtschaft mit wachsender Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Frage 5: In welchen Situationen sind nachfrageorientierte Abweichungen von der Produktivitätsregel empfehlenswert?

Die nachfrage-neutrale Lohnpolitik empfiehlt Lohnerhöhungen über den Produktivitätszuwachs hinaus, wenn es z.B. durch eine Erhöhung der Arbeitnehmersparquote zu einem Nachfrageausfall kommt. Unbedenklich ist eine Stabilisierung der Nachfragefunktion, die mit einem Anstieg der Stückkosten einhergeht, jedoch nur, wenn die Mindestgewinnspanne bei Vollbeschäftigung dadurch nicht unterschritten wird. Bei Unterbeschäftigung muss dagegen mit lohninduzierten Kosten- und Preissteigerungen und infolgedessen auch mit Produktions- und Beschäftigungsverlusten gerechnet werden.